

Vergabeverfahren:	Erwerb einer mobilen Schlammentwässerungsanlage
Vergabe-Nr.:	P24-005

Eigenerklärung zur Eignung

Diese Eigenerklärung ist auszufüllen

- jeweils vom Bieter und von jedem Mitglied der evtl. Bietergemeinschaft, soweit auch das Mitglied einer Bietergemeinschaft ein Eignungskriterium erfüllen muss,
- vom Eignungsverleiher, der nicht zugleich Tätigkeiten als Nachunternehmer ausführt, soweit Kriterien zur geforderten wirtschaftlichen/finanziellen oder zur geforderten technischen/beruflichen Leistungsfähigkeit (Eignungskriterien nach § 122 Abs. 2 Nr. 2 und 3 GWB, nachfolgend C und D), an den Bieter/die Bietergemeinschaft im Falle der Auftragserteilung verliehen werden sollen; der Eignungsverleiher muss sich jedenfalls zu den Ausschlussgründen (nachfolgende Ziffern A.1 bis A.4) erklären.

Beabsichtigt der Bieter/die Bietergemeinschaft den Einsatz von Nachunternehmern, ohne dass diese dem Bieter/der Bietergemeinschaft ein vom Auftraggeber verlangtes Eignungskriterium verleihen, müssen Nachunternehmer lediglich die Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen auf dem Formblatt „*Eigenerklärung von Nachunternehmern (ohne Eignungsverleihung an den Hauptunternehmer)*“ abgeben.

A Ausschlussgründe

A1 Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 GWB

Bezug: Auftragsbekanntmachung

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Keine Person, deren Verhalten dem hier unterzeichnendem Unternehmen zuzurechnen ist, ist rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen ist keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden, wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Erläuterung: Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die vorstehende Erklärung kann nur eingeschränkt abgegeben werden, denn die in gesondert dieser Eigenerklärung beigefügten Anlage genannte Person, deren Verhalten dem hier unterzeichnendem Unternehmen zuzurechnen ist, ist rechtskräftig verurteilt bzw. gegen das Unternehmen ist eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden. In der Anlage erklärt sich das Unternehmen dazu gesondert und beschreibt, welche Maßnahmen der Selbstreinigung das Unternehmen nach § 125 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen getroffen hat und weist diese Maßnahmen gegenüber der Vergabestelle nach.

A2 Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 4 GWB

Bezug: Auftragsbekanntmachung

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Das Unternehmen ist seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies ist durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt worden. Erläuterung in beigefügter Anlage.

Das Unternehmen ist seinen Verpflichtungen jedoch dadurch nachgekommen, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Erläuterung in beigefügter Anlage.

Das Unternehmen ist seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen.

A3 Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB

Bezug: Auftragsbekanntmachung

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Es liegt für das unterzeichnende Unternehmen kein Tatbestand vor, wonach

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines

solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist zur Frage der Verhaltenszurechnung entsprechend anzuwenden,

4. das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,

7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

9. das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Es liegt einer der vorgenannten Tatbestände vor. In der Anlage erklärt sich das Unternehmen dazu gesondert und beschreibt, welche Maßnahmen der Selbstreinigung das Unternehmen nach § 125 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen getroffen hat und weist diese Maßnahmen gegenüber der Vergabestelle nach.

A4 Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 2 GWB

Bezug: Auftragsbekanntmachung

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Es liegt für das unterzeichnende Unternehmen kein Tatbestand vor, der den Ausschluss vom Vergabeverfahren nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 23 des Arbeitnehmergesetzes rechtfertigt.

Es liegt für das unterzeichnende Unternehmen kein Tatbestand vor, der den Ausschluss vom Vergabeverfahren nach § 98c des Aufenthaltsgesetzes wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 404 Absatz 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch oder einer Straftat nach §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes rechtfertigt.

Es liegt für das unterzeichnende Unternehmen kein Tatbestand vor, der den Ausschluss vom Vergabeverfahren nach § 19 des Mindestlohngesetzes wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Mindestlohngesetzes rechtfertigt.

Es liegt für das unterzeichnende Unternehmen kein Tatbestand vor, der den Ausschluss vom Vergabeverfahren nach § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 10 bis 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1c, 1d, 1f oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes oder § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches rechtfertigt.

Es liegt einer der vorgenannten Tatbestände vor. In der Anlage erklärt sich das Unternehmen dazu gesondert und beschreibt, welche Maßnahmen der Selbstreinigung das Unternehmen nach § 125 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen getroffen hat und weist diese Maßnahmen gegenüber der Vergabestelle nach.

B Befähigung zur Berufsausübung

Bezug: Auftragsbekanntmachung

B1 Berufs- oder Handelsregister

Eigenerklärung über die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister.

(Bitte hier eintragen)

<input type="checkbox"/>	Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister	
	unter der Nummer:	
	beim Amtsgericht:	
<input type="checkbox"/>	Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.	

Eine Nachweisführung durch Vorlage einer Registerbescheinigung behält sich die Vergabestelle vor.

C Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezug: Auftragsbekanntmachung

C1 Allgemeiner Jahresumsatz

Nachfolgend sind Angaben über den allgemeinen Jahresumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren und den spezifischen Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des zu vergebenden Auftrags zu machen, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind.

(Bitte hier eintragen)

Jahr	Allgemeiner Jahresumsatz	Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags
	_____ €	_____ €
	_____ €	_____ €
	_____ €	_____ €

C2 Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung

Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung im Zeitpunkt der Angebotsabgabe. Nachweis durch Vorlage einer noch für den Zeitpunkt der Angebotsabgabe aktuellen Haftpflichtversicherungspolice.

Es genügt die Vorlage einer Kopie der Versicherungspolice oder eine entsprechende Versicherungsbestätigung des Versicherers in Kopie. Im Falle von Bietergemeinschaften: Für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft ist eine eigene Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung nachzuweisen.

Mindeststandard: Die Deckungssumme muss je Versicherungsfall mindestens 2.000.000 EUR für Personenschäden und 2.000.000 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) betragen.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Der Nachweis der Berufs-/Betriebshaftpflichtdeckung liegt in der Anlage bei.
- Den Nachweis der Berufs-/Betriebshaftpflichtdeckung kann ich/können wir nicht vorlegen (Begründung gemäß Anlage).

D Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezug: Auftragsbekanntmachung

D1 Unternehmensreferenzen

Es sind geeignete Unternehmensreferenzen (Nachweis konkreter praktischer Erfahrungen) über die wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen anzugeben, welche mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

(Bitte hier eintragen)

Referenz 1

Name des Auftraggebers	
Anschrift des Auftraggebers	
Ansprechpartner des Auftraggebers (Name, Vorname)	
Kommunikationsdaten zum Ansprechpartner (z.B. Telefon)	
Auftraggeber ist (zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> privater Auftraggeber
Rechnungswert des Auftrags	
Leistungszeitraum	
Beschreibung des Leistungsumfanges	
Beteiligung als (zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> selbst u. alleine ausführendes Unternehmen <input type="checkbox"/> Partner einer Arbeitsgemeinschaft <input type="checkbox"/> Nachunternehmen

Referenz 2

Name des Auftraggebers	
Anschrift des Auftraggebers	
Ansprechpartner des Auftraggebers (Name, Vorname)	
Kommunikationsdaten zum Ansprechpartner (z.B. Telefon)	
Auftraggeber ist (zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> privater Auftraggeber
Rechnungswert des Auftrags	
Leistungszeitraum	
Beschreibung des Leistungsumfanges	
Beteiligung als (zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> selbst u. alleine ausführendes Unternehmen <input type="checkbox"/> Partner einer Arbeitsgemeinschaft <input type="checkbox"/> Nachunternehmen

Die Vergabestelle behält sich vor, vom Referenzgeber eine entsprechende Bescheinigung vorlegen zu lassen.

E Schlusserklärung

Mit den vorgenannten Erklärungen und den nachstehenden Anlagen erkläre ich meine Eignung für Zwecke des zu vergebenden Auftrags *(bitte die Stellung entweder als Bieter oder als Eignungsverleiher beachten)*.

Name des Bieters bzw. Eignungsverleihers:

Name der natürlichen Person, welche diese Textformklärung abgibt und die Erklärung für den Bieter bzw. Eignungsverleiher abgeben darf:

Datum der Erklärung:

Achtung! Ist bei diesem Angebot in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben, wird das Angebot ausgeschlossen!

- Anlagen:
- Zu A.1 (Selbstreinigung)
 - Zu A.2 (Rechtskräftige Entscheidungen)
 - Zu A.2 (Selbstreinigung)
 - Zu A.3 (Selbstreinigung)
 - Zu A.4 (Selbstreinigung)
 - Zu C.2 (Nachweis Berufs-/Betriebshaftpflichtdeckung)
 - Zu C.2 (Begründung zur Unmöglichkeit der Vorlage der Deckungsbestätigung)
 - Zu D.1 (Unternehmensreferenzen)
 -